

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

24.5.1923 (No. 118)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 M — Einzelnummer 200 M — Anzeigengebühr: 125 M für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen laufender Rechnungen, die als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konfiskation der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

„Soll und Haben.“

Für die deutsche Öffentlichkeit ist es interessant zu erfahren, wie sachverständige Köpfe in ausländischen Zeitungen, die uns grundsätzlich nicht feindlich gegenüberstehen, die heutige Finanz- und wirtschaftspolitische Lage Deutschlands beurteilen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 677) veröffentlicht einen längeren Leitartikel unter der Überschrift „Soll und Haben“, in welchem sie sich in eingehender und auch für uns Deutsche höchst beachtenswerter Weise mit diesem Thema beschäftigt. Wir enthalten uns einer kritischen Stellungnahme zu den Ausführungen der „N. Z.“, die sicherlich, wie das bei einer Erörterung derartiger Probleme immer der Fall ist, in gewissen Einzelheiten nicht unumwunden bleiben werden. In der grundsätzlichen Bedeutung der Ausführungen wird durch nichts geändert. Der Artikel lautet:

„Die deutsche Regierung steht vor der schweren Aufgabe der Formulierung eines neuen Reparationsangebotes zuhanden der Alliierten. Mehr als je drängt sich daher heute jedem, der nach objektivem Urteil strebt, die Frage auf: Was kann Deutschland zahlen, welche Reparationsschuld kann es bei Anspannung aller Kräfte auf sich nehmen, ohne sich selbst zu einem wirtschaftlichen Paria unter den Völkern zu machen?

Eine wirklich schlüssige Antwort vermag hier nur die Zukunft zu geben und deshalb ist die Teilung der Schuldverpflichtung in eine mehr oder weniger feste Gegenwarts- und eine erst in einigen Jahren in ihrem endgültigen Ausmaß zu bestimmende Zukunftsquote sicherlich prinzipiell durchaus richtig. Eine solche Teilung lag in gewissem Sinne schon dem Londoner Ultimatum zugrunde; sie charakterisiert den Januarplan Bonar Law's sowie das letzte deutsche Angebot, und wird wohl auch in keinem künftigen, ernst zu nehmenden Vorschlag fehlen dürfen, weil heute ein endgültiges Urteil über die latente Zahlungsfähigkeit Deutschlands einfach noch nicht möglich ist.

Es ist nicht möglich vor allem deshalb, weil der weiterverbleibende Schiefer der Inflation gegenwärtig über den ganzen deutschen Wirtschaftslebens liegt. Ganz abgesehen von der wirklichen Verarmung der Volkswirtschaft, die Krieg und Niederlage gebracht haben, zeigt er auch dort, wo in Wirklichkeit nur Vermögensveränderungen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen stattgefunden haben, dem oberflächlichen Beobachter einseitig das Bild hoffnungsloser Verelendung einfließen. Wie es im Zeitalter des sogenannten „Effektenkapitalismus“ nachgerade zu einer wirtschaftlichen Selbstverleumdung geworden war, befindet ihr Vermögen in auf die Währungsseinheit lautenden Forderungen gegenüber Staat, Gemeinde und privaten Schuldnern, oder beiseite in durch Aktien repräsentierten Anteilen am Volkvermögen — aber keineswegs in direktem Sachwertbesitz. Die Markforderungen schmolzen, parallel zur Währungsgerückung, wie Schnee an der Sonne zusammen, während die Kurssteigerungen der Aktien und ihre nur nominell anscheinende Rendite den Tiefensturz der Mark vorläufig bei weitem nicht auszugleichen vermochten. So versinken die unglücklichen „besetzten Klassen“ der Vorkriegszeit, wenn sie dem Produktionsprozess nicht persönlich nahesteht oder die Schwere selbst direkt in der Hand halten, immer tiefer in der steigenden Not des Tages. Dem Altrentner, der seinen Bestand durchhalten vermag, winkt vielleicht in naher oder ferner Zukunft — aber jedenfalls erst jenseits der wirtschaftlichen Gesundungsfrist — eine Anpassung seines papierernen Sachwertanteils an die veränderte Währungsgrundlage; keine Aussicht auf Ausgleich aber haben — wenigstens im Zeichen der jetzigen Gesetzgebung — die bedauernswerten Besitzer von Forderungsrechten, die einst die mündelbilleren Papiere par excellence gemessen sind. Der Markzerfall hat auf der ganzen Linie der Gläubiger geprellt und den Schuldner begünstigt; dem verarmten Rentner steht auf der anderen Seite der sich entfaltende Staat und die Gemeinde, der von seiner Hypothekentlastung befreite Landwirt, das feiner in Goldmark konvertierten Obligationenschild ledige Industrieunternehmen gegenüber. Diese Gesellschaft mit umgekehrter Tendenz ist umso grausamer und ungerechter, als sie zum Teil gerade jene Kreise begünstigt, die ohnehin im Zeichen reicher Konjunktur stehen, nämlich Industrie und Landwirtschaft. Sie kommt zwar auch dem mit schwerem Defizit wirtschaftenden Staat und den anderen öffentlichen Schuldnern zugut und mildert für den städtischen Käuferbesitz wenigstens einigermaßen die aus der schroffen Mietsteigerung resultierenden Lasten. Aber auf alle Fälle ist hier privatwirtschaftliche Verarmung nicht identisch mit volkswirtschaftlichem Verlust, denn nahezu alles, was auf der einen Seite gewonnen wird, kommt auf der anderen Seite einem bereicherten Schuldner oder andern indirekten Nutznießern zugute. Auch das Ausland, nicht zuletzt die Schweiz, hat beinahe ausschließlich an dieser Entschuldung größten Stillsitzenden mitzutragen.

Es liegt heute nahe, an Hand vorkriegszeitlicher Schätzungen des deutschen Volkvermögens einmal wenigstens veranschaulicht zu skizzieren, in welchem Grade und auf welche Weise die es zusammenschlagenden Aktiven durch materielle Verluste der Krieg- und Nachkriegszeit verarmt worden sein mögen. Dabei kann es sich natürlich nur um einige schlagartige Andeutungen handeln, die auf zahlenmäßige Genauigkeit keinen Anspruch erheben. Nach Karl Helfferich*) setzte sich das deutsche Volkvermögen im Jahre 1913 aus folgenden Hauptposten zusammen:

	Milliarden Goldmark
1. Gegen Feuer versicherte Immobilien und Immobilien	200
2. Grund und Boden in Stadt und Land	70
3. Bergwerksbesitz	5-6
4. Schiffe	1
5. Auf Transport befindliche Waren	1
6. Metallgeld	4
7. Nicht gegen Feuer versichertes öffentliches Vermögen (einschließlich Eisenbahnen)	30
8. Kapitalanlagen im Ausland	20
Total	331-332

Abgesehen von der vorübergehenden rein nominellen Einbuße, die der Währungszerfall bis zur internationalen Wiederanpassung des Preisniveaus auch den Sachwerten einer im Zeichen rascher Inflation stehenden Volkswirtschaft bringt, ist auf den wichtigsten Posten dieses Gesamtvermögens zunächst ein nicht unbedeutender Abzug für allgemeine Entwertung infolge Verlotterung, mangelnder Rendite und verschlechterter Ertragsfähigkeit zu machen, dessen Ausmaß zahlenmäßig nicht angegeben werden kann, der aber wahrscheinlich durch die gegenüber dem Goldmaßstab eingetretene internationale Preissteigerung aller Sachwerte später wieder mehr als ausgeglichen wird, sobald Deutschland aufs neue normalen Anschluß an die internationale Preisbildung findet. Aber diese generelle Abschätzung am gesamten Vermögensstatus hinaus ist weiter namentlich von den drei oben an erster Stelle genannten Posten infolge der Gebietsveränderungen im Osten, Norden und Westen, ein Verlust in Abzug zu bringen, der sie in ihrer Gesamtheit wohl von vornherein um etwa 10 bis 12 Prozent reduziert.**) Doch geht diesen Gebiets- und Wertveränderungen natürlich auch eine Abnahme der Bevölkerungszahl (10 Prozent) zur Seite, so daß also das Vermögensminus auf die Kopfzahl berechnet in diesem Punkte wieder weitgehend ausgeglichen wird. Die von Helfferich mit einer Milliarde Goldmark eingestellten Schiffe sind beinahe ausschließlich Kriegsschiffe zur Hauptzahl an die Sieger abgeliefert worden (9 Mill. Tonnen von insgesamt 5 Mill. Tonnen), aber inzwischen nähert sich die deutsche Handelsflotte durch Neukauf alter und Bau neuer Schiffe schon wieder rasch der Hälfte ihres Vorkriegsbestandes. Die Mittel zu diesem Wiederaufbau sind den Reedereien auf dem Umwege über die Notenpresse zum größten Teil vom Reiche zur Verfügung gestellt worden. Vom Posten Metallgeld, der 1913 auf 4 Milliarden geschätzt wurde, ist heute nur noch die zu einem Teile dem Ausland verpfändete einzige Goldmilliarde der Reichsbank sichtbar; da die deutschen Goldabgaben an das Ausland aber jedenfalls nur den kleineren Teil der übrigen drei Goldmilliarden abforderten, so darf mit Recht angenommen werden, daß der staatliche Rest thesauriert in Banknoten und privaten Schatzkammern geduldet die Zeitpunkt zweckmäßigster Verwendung abwartet. Das öffentliche Vermögen wurde durch den Übergang der Eisenbahnen, der staatlichen Banken usw. in den abgetretenen Gebieten ebenfalls erheblich in Mitleidenschaft gezogen, während das Vorkriegsvermögen „Kapitalanlagen im Ausland“, teils auf dem Wege freiwilligen Verkaufs, teils infolge der Währungsänderung durch die Siegerstaaten für Deutschland so gut wie ganz verloren gegangen ist. Doch darf nicht übersehen werden, daß gleichzeitig auf dem Umwege über die Inflation auch die deutschen privatwirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern fast reiflos aus dem internationalen Schuldbuche gestrichen worden sind. Die Schweiz, mit ihren tiefen Verlusten auf Lebensversicherungsstellen, Hypotheken und deutschen Werten im allgemeinen, hat in dieser Beziehung unfreiwillig einen schönen Ausgleichsposten zugunsten Deutschlands beigetragen, das die ihm seinerzeit zugewiesenen Goldmarkbeträge ja längst fester dem Sachwertbestand seiner Volkswirtschaft einverleibt hat, während der schweizerische Gläubiger und Titelinhaber heute mit nahezu leeren Händen dasteht. Aber diese internationale Entschuldung hinaus aber sind seit Kriegsende, einerseits durch die Kapitalflucht, die sich allmählich mit einer systematischen „Markflucht“ paarte, andererseits durch die Exportgewinne der Industrie, neue sehr beträchtliche Auslandguthaben geschaffen worden. Der Streit über ihre Größe ist noch nicht abgeklärt, aber in letzter Zeit sind in Deutschland selbst allein für Devisen und hochkalkulatorische Guthaben Summen bis zu 4 Milliarden Goldmark genannt worden, während außerhalb der deutschen Grenzen die auf fremde Währungen lautenden Forderungen und Anlagen Deutschlands vielfach beträchtlich höher eingeschätzt werden. Tatsächlich hat ja die ganze Welt jahrelang mit allen Händen die sinkende Mark aufgenommen und auf ihren künftigen Wiederaufstieg spekuliert, während die deutschen Industrieellen und Kaufleute längst nicht mehr auf diese Karte setzten, sondern sich zielbewußt an Sachwerte und Devisenguthaben hielten. Schon im Herbst 1921, als 100 Mark noch ungefähr 6 Franken galten, schätzte Keynes die internationalen Verluste aus der Markspekulation auf mindestens 4 Milliarden Goldfranken und seither dürfte sich diese Summe wohl ungefähr verdoppelt haben. Sie diente in weitgehendem Maße dem Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz und hat auf alle Fälle

*) Der Verlust des deutschen Reiches an Bodenfläche beträgt 7,05 Mill. Hektar oder 13 Prozent des Reichsgebietes; doch handelt es sich namentlich im Osten vorwiegend um landwirtschaftliche Gebiete, in denen die gegen Feuer versicherten Immobilien und Immobilien eine viel kleinere Rolle spielen, als im Durchschnitt Deutschlands. Andererseits beträgt der Verlust auf Bergwerksbesitz wesentlich mehr als 10 bis 12 Prozent, so daß also dieser Verlustfaktor für alle drei Posten zusammen wohl in die Rechnung eingestellt werden darf.

die Deckung des deutschen Lebensmittel- und Rohstoffbedarfs in den Nachkriegsjahren stark erleichtert.

So hoch man aber die materiellen Verminderungen auch einschätzen mag welche Krieg- und Nachkriegszeit dem Sachwertvermögen des deutschen Volkes bisher gebracht haben — sie bleiben auf alle Fälle weit hinter den ungeheuren privatwirtschaftlichen Verlusten zurück, welche heute — am Goldmaßstab gemessen — die Gesamtheit der deutschen Wertpapierbesitzer zu verzeichnen hat. Wenn wir hier die zum Teil nur vorübergehenden Einbußen auf Aktien außer Betracht lassen und uns allein an die nahezu auf Null zusammengeschrumpften verbrieften Forderungsrechte der wichtigsten Kategorien der deutschen Gläubigerschaft halten, die ursprünglich auf der guten Goldmark der Vorkriegszeit oder aber — wie es bei der fundierten Kriegsschuld der Fall ist — auf der nur wenig entwertenden Papiermark der ersten Kriegsjahre beruhten, so zeigt die tragische Verlustliste ungefähr folgendes Bild:

	Milliarden Mark
Hypothekenschulden	50*
Schuldverschreibungen der deutschen Aktiengesellschaften und andern privatrechtlichen Schulden	4,8
Vorkriegsschuld des Reiches und der Landestaaten	20
Vorkriegsschulden der Stadt- und Landgemeinden	6,3
Fundierte Kriegsschuld (1914-1917)	77

Diese gewaltige direkte und indirekte Generalhypothek auf das materielle deutsche Volkvermögen ist heute durch die Währungszerstückelung fast reiflos gelöst worden — zugunsten der Schuldner und zu Lasten der Gläubiger. Ihre brutale Lösung liegt der furchtbaren Verelendung der ehemals bestehenden Schichten des deutschen Volkes in erster Linie zugrunde, und man hat denn auch mit Recht den Währungszerfall als die ungerechteste und grausamste Art der Vermögensabgabe bezeichnet, die einer Nation auferlegt werden kann. Die Verluste der Forderungsberechtigten allein aus den oben angeführten Schuldposten sind beträchtlich größer als die dem Londoner Ultimatum zugrunde liegende Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark, und mehr als dreimal so groß, wie eine Forderung von 50 Milliarden, von der heute allein noch ernstlich die Rede ist. Im Lichte dieser Tatsachen versteht man das auch in Deutschland selbst immer energischer in den Vordergrund tretende Postulat einer Lösung der Reparationsfrage auf Grund materieller Sicherstellungsleistungen durch die Sachwertbesitzer, die sich allerdings in ihrer Mehrzahl heute noch mit Händen und Füßen sträuben, die gerechte Konsequenz aus der ihnen durch die Markentwertung zugewachsenen Begünstigung zu ziehen.

Politische Neuigkeiten.

Wichtige diplomatische Besprechungen.

Die Pall Mall Gazette schreibt: Wichtige diplomatische Besprechungen wurden einerseits zwischen dem deutschen Botschafter in London, Schamer, und dem englischen auswärtigen Amt und andererseits zwischen dem englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, und der Reichsregierung abgefolgt. Die Verhandlungen bezogen sich auf das neue deutsche Reparationsangebot. Ihr Ergebnis besteht darin, daß die neue deutsche Note, die für Ende dieser Woche erwartet wird, wie Dr. Schamer Lord Curzon versichern konnte, in den bisher als unzureichend bezeichneten Punkten viel genauer sein wird, als die erste.

Die Vorarbeiten für die deutsche Note

gestalten sich schwierig, so daß mit einer Antwort vor Anfang nächster Woche kaum zu rechnen sein wird. Die Umbildung des englischen Kabinetts wird nach Ansicht maßgebender Stellen keinen Einfluß auf die nächsten Schritte der deutschen Politik haben. Sehr sympathisch wird in Berlin die Ernennung Sir Robert Hornes zum Schatzkanzler aufgenommen. Bei der Konferenz in Genua hat Sir Robert Horne als Vorsitzender der Finanzkommission die deutschen Teilnehmer an der Konferenz persönlich kennen gelernt. Man legt seine Verunsicherung hier als Zeichen dafür aus, daß das englische Kabinett an den europäischen Finanzverhältnissen, also vor allem an der Reparationsfrage, ein starkes Interesse nehmen wird. Der neue Premierminister Baldwin ist in Berliner politischen Kreisen weniger bekannt, man erinnert sich jedoch, daß es ihm während seiner amerikanischen Mission gelungen ist, das äußerst schwierige Problem der Regelung der Kriegsschulden weiterzubringen, als es während der ganzen vorhergehenden Verhandlungen gelungen war und hält deshalb Baldwin für einen äußerst geschickten Unterhändler.

Baldwin an Poincaré.

Der neue englische Premierminister hat an den Ministerpräsidenten Poincaré ein Telegramm gerichtet, in dem er die Hoffnung ausdrückt, daß die herzlichen Beziehungen, die zwischen Frankreich und England bestanden, und das gute Einverständnis sowie die Gemeinsamkeit des Zieles der beiden Regierungen erhalten bleiben möchten.

Poincaré dankte in einem Telegramm, in dem er versicherte, daß die französische Regierung von ganzen Herzen mit der englischen an der Aufrechterhaltung und Entwicklung der Freundschaft und der Allianzbeziehungen zwischen den beiden Ländern zusammenwirken werde.

*) Dr. Karl Helfferich: Deutschlands Volkswirtschaft 1888 bis 1913, Verlag G. Sillke, Berlin 1913.

Lloyd George

... in seinem Walliser Wahlkreis eine Rede, die der „Daily Express“ als offene Kriegserklärung an die Regierung bezeichnet.

Lloyd George richtete einen Appell an die Liberalen, sich zu vereinigen und die Gelegenheit zu ergreifen, um das Land und die Welt vor einer Katastrophe zu retten. Er befragte sich mit den Fehlkern und Unterlassungssünden Bonar Law und der geringen Aussicht auf eine Besserung unter seinem Nachfolger und erklärte, seiner Regierung sei es gelungen, so zahlreiche Fehler in einem so kurzen Zeitraum aufzuweisen. Auf die internationale Lage bezugnehmend, erklärte er, Frankreich, wund und triumphierend und mächtiger als es je auf dem Kontinent gewesen sei, infolge des Sturzes seiner Feinde, stelle eine sehr gefährliche Kombination für jeden dar, der mit ihm zu tun habe. Deutschland sei verwirrt und betäubt durch seinen Fall von so großer Höhe, eine Kreatur mit gebrochenem Rückgrat, die sich schwer und ziellos bewege, ohne zu wissen, was zu tun sei. Es sei unser großes Unglück gewesen, daß Deutschland keinen großen Staatsmann seit Bismarck hervorbrachte habe. Das bedeute eine Katastrophe für ein Land in Not. Es mit Rußland zu tun zu haben, sei gleichbedeutend damit, als befände man sich einer Person gegenüber, die unter einem gefährlichen religiösen Wahn leide. Rußland brauche eine sehr sorgfältige und vorsichtige, dabei starke Behandlung. Keine in dieser Verfassung fügen leicht anderen Schaden zu, ohne sich den Schaden zu überlegen, den sie sich selbst beibringen. Daher müsse jede Ursache vermieden werden, die ihre Erregbarkeit vermehre. Italien sei enttäuscht über die Ergebnisse des Sieges nicht im Verhältnis zu den Opfern, die es gebracht habe. Außerdem habe man eine Anzahl wiedererkennbarer Staaten in Europa, die tranken seien von dem Parton und schweren Weine der Freiheit.

Bei einem Vergleich der Lage unter seiner Regie und unter der jetzt herrschenden, erklärte Lloyd George weiter, das letzte Jahr sei ein Jahr des Friedens und des wachsenden Wohlstandes gewesen. In der internationalen Lage habe ein erster Wechsel zum Schlimmeren stattgefunden. Die Regierung könne nicht von einem beträchtlichen Anteil an der Verantwortlichkeit für diesen unglücklichen Wechsel freigesprochen werden. Die schwache Behandlung der Ruhrfrage habe Europa neuerlich in Anarchie, Verwirrung und Konflikte gestürzt. Niemand könne voraussetzen, was dort jetzt geschehen werde. Das einzige, was klar sei, sei, daß neuerdings die Gewalt statt der Überlegung die Angelegenheiten Europas beherrsche. Die Allianz bestehe nicht mehr wirksam, sofern es eine Allianz sei, die die ehrenhafte Gemeinschaft zweier Gleichberechtigter zur Verfolgung eines gemeinsamen Zieles sei. Es bestehe nicht länger irgend eine Gleichheit in der Behandlung und keine Gemeinsamkeit des Zieles. Es sei nicht einmal Freundschaft, es sei keinesfalls ein Verstehen, sondern ein zerrütend für beide Teile. Der Türkei der durch Festigkeit im vergangenen Oktober zu einer vernünftigen Gefinnung gebracht worden sei, fordere jetzt die völlige Übergabe als Friedensbedingung. Großbritannien versuche, diese Demütigung wieder weitzumachen, indem es Deutschland ein Ultimatum zuwerfe, wozu es nicht einmal über die Form vorheriger Verhandlungen gelange.

Eine Verhandlungsbasis?

Der Bergarbeiterführer Heinrich Köhler, der lange Jahre an der Spitze des alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes in Bochum gestanden hat und jetzt als Arbeitnehmervertreter Direktor im Reichslohlenrat ist, veröffentlicht, wie die „Kfz. Ztg.“ berichtet, in der Zeitschrift „Wideraufbau“ einen bemerkenswerten Aufsatz. Er schildert zunächst, wie der Entschluß zu passiver Resistenz aus der Bevölkerung selbst heraus geboren wurde:

Selbst wenn sich in dieser Stunde (beim Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet) in Deutschland eine Regierung gefunden haben würde, die bereit gewesen wäre, den angeführten Forderungen der französischen Note zu entsprechen, die Ruhrbesetzung, im Wortbegriff die sozialistischen Arbeiter und Beamten, hätten sich gegen den eindringenden Militarismus zur Wehre gesetzt und keine Hand — auch einer deutschen Regierung zum Trotz — für ihn gerührt. Diesen Widerstand hat die Reichsregierung nicht zu verantworten, sondern er ist Sache des Volkes vor dem in Deutschland die Staatsgewalt ausgeht. Das Volk am Rhein und an der Ruhr ringt um seine politische Freiheit und um die national-wirtschaftliche Unabhängigkeit seiner Arbeitsstellen. Welche Regierung hätte diesem Drange widerstehen wollen?

Köhler untersucht dann die Ergebnisse der vier ersten Monate des Ruhrkampfes für die Franzosen: Vom 11. Januar bis Ende März erhielt Frankreich rund 288 000 Tonnen Kohle. Ohne Ruhraktion hätte es in derselben

Zeit mindestens 1,6 Millionen Tonnen bekommen. In der „Journé Industrielle“ sind die Kohleerträge vom 1. bis 30. April auf 190 000 Tonnen beziffert. Im April 1921 wurden Frankreich ohne Kosten und Mühen 647 000 Tonnen auf Reparationskonto zugeführt. Jetzt erhielt es unter hohen Kosten und mit militärischer Macht 23,8 Prozent dieser Mengen. So bald die Vorräte fortgeschafft sind, hört auch dieser unermessliche und mit militärischer Macht erzwungene Teilerfolg auf. Und die Kosten? Im Januar, als Frankreich noch von den zugeführten Vorräten zehrte, kostete eine Tonne Viehweizens 88 Franken, am 16. Februar 182 Franken, am 1. März 198 Franken und am 1. April 287 Franken. Wer wagt angesichts dieser Katastrophen von einem Erfolg der Ruhraktion zu reden?

„Die Wahrheit ist“, fährt Köhler fort, „daß beide Länder beträchtlich ärmer geworden sind und in den Abgrund stürzen, wenn keine Verständigung erfolgt. Eine Verständigung muß erfolgen.“ Die französische Note forderte bedingungsloses Aufgeben des passiven Widerstandes, und zwar forderte sie das von der Reichsregierung. Aber: der Widerstand am Rhein und an der Ruhr ist nicht das Werk der deutschen Regierung, sondern das der dortigen Arbeiter- und Beamtenchaft, deren Forderungen sich keine Regierung widersetzen konnte. Daß die seit Monaten gewalttätig behandelte und hiergegen kämpfende Bevölkerung nicht bereit ist, den Widerstand bedingungslos aufzugeben, sollten die Informanten der französischen Regierung, die sich zu Hunderten im Gebiet umherbewegen, längstens erlami und ihrer Auftraggeberin zum Bewußtsein gebracht haben. Die entschlossene Haltung der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr ist aber auch kein Garantiefest zu einem Kampf bis zum Weißbluten. Ein Mittelweg kann gefunden werden. Diesen Weg sieht Köhler, indem er sich mit den kürzlich erwähnten Pariser Korrespondenzen der „Times“ über französische „Waffenstillstandspläne“ auseinandersetzt, etwa folgendermaßen:

Eine Art Waffenstillstand während der Dauer der Reparationsverhandlungen wäre schon denkbar. Dies um so eher, weil doch auch nach den amtlichen Regierungserklärungen der Besatzungsmächte kein Krieg besteht und es daher widersinnig wäre, daß das Wirtschaftsleben während der Forderung von Reparationsverhandlungen weiter geführt bleiben und die Produktivität zurückgehalten werden würde. Unter folgenden Bedingungen müßte der Versuch gemacht werden, während oder auch schon vor dem Beginn der Verhandlungen zur normalen Arbeit zurückzukehren; also den passiven Widerstand aufzugeben.

- 1. Es werden alle Arbeitsverhältnisse in den besetzten Gebieten rückgängig gemacht und die Zurückgekehrten nehmen ihre frühere Arbeit bzw. Dienststellen wieder ein.
2. Die von den Militärbehörden Inhaftierten und von Militärgerichten Verurteilten werden freigelassen.
3. Eingriffe der Besatzungsmächte in das Wirtschaftsleben, die öffentliche Verwaltung und die politische Freiheit der Bürger finden nicht statt.

Nach solchen oder ähnlichen Abmachungen würden die Bewohner am Rhein und an der Ruhr nicht nur die Militärkraft, die sie bislang sahen, sondern auch den Willen zur Verständigung erkennen. Dergleichen Voreinrichtungen, die zunächst gar nicht das Gebiet der Reparationen betreffen, sind möglich. Deutschland würde durch sie keinesfalls eine Verechtigung des Einmarsches anerkennen. Das Ziel der Reparationsverhandlungen muß natürlich die volle Freiheit der gewaltlos besetzten Gebiete sein, wie ja überhaupt es Aufgabe von Verhandlungen sein wird und muß, aus der Zerrüttung heraus, zu nützlichem und aufbauendem Arbeit, zum Segen der seit Jahren gepeinigten Menschheit zu kommen. Am aber überhaupt vorwärts zu kommen, könnten Voreinrichtungen in dem angegebenen Sinne abgeschlossen werden. Mögen die Staatsmänner entscheiden, und dann wird die Geschichte über sie urteilen.

Sozialist. Arbeiter-Internationale (S. A. I.)

In der gestrigen Sitzung des internationalen Sozialistenkongresses in Hamburg wurden organisatorische Fragen besprochen. Sodann wurde beschlossen, daß die Stimmverteilung im Vollzugsausschuß der neuen Internationale vorläufig wie folgt festgelegt wird: England und Deutschland erhalten je 30 Stimmen, Frankreich 16, Belgien, Österreich und Italien je 15, Rußland, Schweden und Dänemark je 12, Amerika und Polen je 10, von der Tschechoslowakei die Tschechen 9, Ungarn 8, Holland und die Schweiz je 7, Finnland 6, Norwegen 4, Rumänien und Georgien je 3, Armenien und Litauen je 2, Bulgarien, Jugoslawien, die Türkei, Ukraine, Lettland, Luxemburg, Realunion (zionistische Arbeiterpartei) und Danzig je 1 Stimme.

Über die Statuten der neuen Internationale, die den Namen Sozialistische Arbeiter-Internationale (S. A. I.) trägt und als Organ der internationalen Bewegung, die Exekutive, das Bureau, die Geschäftskommission und das Sekretariat umfaßt,

referierte Adler-Wien. Die Beschlüsse der sozialistischen Arbeiter-Internationale sollen in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sein. Die S. A. I. ist nach dem § 4 nicht nur ein Instrument für die Aufgaben des Friedens, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während des Krieges. Bei Konflikten zwischen Nationen wird die S. A. I. von den angeschlossenen Parteien für sich als nächste Instanz anerkannt. Zu den Verhandlungen mit den Kommunisten über die Bildung einer Einheitsfront erklärte Adler schließlich, diese seien solange wenig aussichtsreich, als die Kommunisten innerhalb des Proletariats die Diktatur einer kleinen Minderheit über die große Masse aufzurichten bestrebt seien. Die Statuten wurden ohne weitere Diskussion unter lebhaften Beifallstundgebungen einstimmig angenommen. Damit ist die neue Internationale errichtet.

Die Streikbewegung in Dortmund

Die durch die terroristische Aktivität der Kommunisten charakterisiert wird, hat sehr ernsthafte Formen angenommen. Der Streik, der von den Heden ausgegangen ist, hat jetzt auch auf einzelne Hüttenwerke übergegriffen. In vielen Teilen der Stadt kam es zu lärmenden Demonstrationen und blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizeimannschaften. Auf dem Eisenwerk Union wurde ein Teil der arbeitswilligen Belegschaft durch kommunistische Hundertkämpfer gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Ein Aufgebot der Schumannschaft, das aus 20 Mann bestand und die Arbeitswilligen vor den Kommunisten schützen wollte, wurde von diesen beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer, mußte sich aber schließlich unverrichteter Sache zurückziehen. Auf beiden Seiten gab es Verwundete. Auch in einer Reihe anderer Eisen- und Stahlwerke, die noch arbeiteten, drangen die Kommunisten ein und forderten die Arbeiterschaft in ultimativer Form auf, die Arbeit einzustellen. Sie drohten mit Verstärkungen wiederzukommen, wenn die Arbeit nicht niedergelegt würde.

Die kommunistische Agitation der Arbeiterschaft verschärfte die Lage von Stunde zu Stunde. Vorgestern Abend fand in Dortmund eine Massenversammlung der Streikenden statt, in der neben den neuen sehr erheblichen Lohnforderungen auch die Entwaffnung der Polizei verlangt wurde; dagegen sollten die bestehenden kommunistischen Hundertkämpfer ausgebaut werden. Nach Beendigung der Versammlung fand ein riesiger Demonstrationzug statt, wobei es zu einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei kam. Es entwickelte sich auf beiden Seiten ein regelrechter Feuerkampf. Hüben und drüben gab es zahlreiche Verwundete. Die Demonstranten versuchten die Polizeihauptkordons zu erreichen. Diese mar aber von einem starken Polizeivortrupp abgesperrt. Die Polizei wurde mit Steinwürfen angegriffen. Ein zur Verstärkung der Polizei herantommendes Auto mit Schutzleuten wurde von den Demonstranten mit Maschinengewehren und Handgranaten angegriffen. 4 Polizisten und der Chauffeur wurden schwer verletzt; auch auf der Polizeiwache wurden zwei Beamte verwundet. Die Zahl der Verwundeten auf beiden Seiten der Streikenden läßt sich nicht genau aufstellen, da ein großer Teil von den Demonstranten selbst weggeschafft wurde. In die Krankenhäuser sind bisher 23 Verwundete eingeliefert worden. Die Dortmundert Werte, die noch arbeiten, haben einen Selbstschutz gebildet, um eventuellen Überfällen wirksam entgegenzutreten zu können.

In Gelsenkirchen ist es zu schweren Ausschreitungen gegen Lebensmittelgeschäfte gekommen. Die Demonstrationen nahmen einen derart bedrohlichen Charakter an, daß alle Feuerwehren der Stadt und Umgebung alarmiert werden mußten, um die Ruhe wieder herzustellen. Nachdem im Landkreise Essen seit Tagen gewaltsam eine Herabsetzung der Preise für Lebensmittel erzwungen wurde, setzte sich in Gelsenkirchen eine große Menschenmenge in Bewegung, die vor die einzelnen Lebensmittelgeschäfte und auf den Markt zog und die Inhaber zwang, die Waren nach bestimmten von den Demonstranten vorgezeichneten Preisen zu verkaufen. Die Preise mußten etwa ein Drittel bis zur Hälfte herabgesetzt werden. Die Aktion richtete sich besonders gegen die Fettwaren- und Fleischgeschäfte. Da die Geschäftsinhaber sich dem Zwange fügten, ist es zu blutigen Ausschreitungen nicht gekommen. Der Feuerwehrgang gelang es schließlich, die Ordnung wieder herzustellen. Die meisten Geschäfte haben geschlossen. Nach der gewalttätigen Herabsetzung auf dem Wochenmarkt hatte sich in der Stadt eine starke Abwehrorganisation aus Bürgern und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gebildet, die durch die städtische Feuerwehr unterstützt wurde.

Keine Arbeitsaufnahme in den Höchstfarbwerken.

Der französische Kreisdelegierte, Major Schneebeker, verlangte vom Betriebsausschuß der Höchstfarbwerke die Wiederaufnahme der Arbeit. Der Ausschuß glaubte, die Verantwortung hierfür nicht übernehmen zu können, worauf Schneebeker

„Große deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923.“

Besprechung von Einzelheiten. (Schluß.)

Nach einer Besprechung der Karlsruher Maler — nachträglich erwähnen möchten wir noch eine Landschaft von Bergmann mit den obligaten Kühen und eine Landschaft von Wilhelm Holz — wenden wir uns den außerhalb unserer Stadt lebenden deutschen Malern zu. Auch hier genügt eine kurze Aufzählung solcher Künstler, die uns mit ihren Schöpfungen etwas Besonderes zu sagen haben. Da sind vor allem die beiden führenden Expressionisten Karl Hofer (bekanntlich ein gebürtiger Karlsruher) und Beschstein. Karl Hofer ist ungleichwertig vertreten. Am bedeutendsten scheint mir ein Gemälde zu sein, das einen erotischen Jüngling, etwa einen Javaner, inmitten einer Landschaft darstellt. Hier ist eine Großzügigkeit der Auffassung und der linearen Gestaltung anzutreffen, die höchste Bewunderung erwecken muß. Auch farblich wirkt das Bild in angemessener Entfernung überaus kräftig und nachhallig. Ganz hervorragend im besetzten Ausdrud ist ein anderes Bild, das uns vor einer düster und verworren gehaltenen Landschaft einen sich in der Verzweiflung krümmenden Menschen zeigt. Hier haben wir den Expressionismus in seiner reinsten, schulmäßigen Form. — Von Beschstein hat man schon bessere Schöpfungen gesehen, als die hier aufgehängten Bilder. Auch gilt hier indessen die Wahrnehmung, daß im dichten Nebeneinander gewissermaßen ein Beschstein den anderen in seiner Wirkung totschlägt.

E. R. Weiß, der längere Zeit in Karlsruhe gewirkt hat, ist mit Porträts und mit Landschaften vertreten. Es ist nicht

leicht für den Betrachter, die innere Verbindungslinie zwischen den Porträts einerseits und den Landschaften andererseits herzustellen. Jede Kategorie hat ihre besondere Technik und ihre besonderen Gefühlshalte. Wir scheinen die Porträts des Gebiet zu sein, auf welchem E. R. Weiß größeres leistet. Von den übrigen Expressionisten seien ferner erwähnt: Altherr mit einem sehr eindrucksvollen Frauenbildnis, R. Levy mit einem recht guten Stillleben, Waldschmidt mit seinem famos gemalten Driestruher. Im Saal der Gruppe IV hängt auch ein Bild von Hermann Strübe (Hermann Butke), den Hfneier Mlog darstellend.

Angenehm aufgefallen sind mir weiter: Gildenbrand mit einem kraftvoll und monumental wirkenden Landschaftsbild, Kohlhoff mit einer geradezu genial hingeworfenen Landschaft und einem originellen Kinderbildnis, Wallische mit einer Landschaft, Ferdinand Dorfsch-Dresden mit einem wohlgelegenen Frauenporträt, Poppe-Frankfurt mit einer sehr wirkungsvollen Bergpredigt, E. Wischhoff-Königsberg mit Frauen- und Kinderbildnissen, die uns in ihrer gefunden Erdhaftigkeit besonders sympathisch berühren, E. Spira mit einem imponierenden Stillleben, R. Gudden, Schinnerer, Beschstein, Vera Joho, M. Joell und Ulrich Hübner. — A. von Hofmann ist mit Widern vertreten, die bedeutende dekorative Werte aufweisen, in gewissen Einzelheiten aber recht maniert anmuten.

Die Plastik ist in der Ausstellung recht gut vertreten. An die Spitze gehört hier Dr. Werner-Karlsruhe. Was dieser geniale Plastiker schafft, kommt für meine Begriffe dem Ideal plastischer Kunst nahe. Berner gestaltet ganz aus dem Material heraus. Dieses Material besetzt er in einer Weise, die unaussprechlich stark auf uns wirkt. Man vergleicht beim Betrachten

seiner Plastiken ganz, daß sie von Menschenhand gebildet wurden. Sie scheinen Schöpfungen der Natur selbst zu sein, allerdings einer Natur, die künstlerisch besetzt ist. — Beachtung verdienen ferner: Schliefler mit zwei schönen Köpfen, Karl Egler mit einem sehr schönen Frauenakt, E. Dietrich mit einem gut gearbeiteten Kopf, G. Umann mit einer großen Frauengruppe in stilisierter Haltung, Feist mit einem eindrucksvollen „Armen Lazarus“, Sutor und Fehle. Plastiker der modernen plastischen Kunst, wie Gertel, Altker, Fiori, Wackerle, Gildbrand-Pforzheim, W. r. b. a. sind mit charakteristischen Schöpfungen vertreten.

Eine sehr gelungene Sonderabteilung der Kunstausstellung ist der Raum für Graphik. Hier entfaltet sich vor unserm Auge eine Fülle von reichem Können. Und auch die allgemene deutsche Graphik ist durch hervorragende Meister vertreten. Eine besondere Rolle spielt Hans Thoma gewidmet.

Besonders stark zeigt sich in dieser Abteilung der Expressionismus im weitesten Sinne dieses Wortes. Hofer und Kalkofka, Schliefler und Hubbuch, Kohlhoff und Schnatzenberger verleihen ihr einen ganz besonderen Glanz. Walter Klemm, Willibald Kraus, Steiner-Prag, Klaus Richter, Gelbke, Otto Jil, Wilfried Otto, G. Gehri, A. Gildenbrand, Erwin Pfeifferle, Köhner, Trübner, Niesel, Herbert Keller, Georg Poppe, Reifel, Grimm, Schöpfelin, Levy, Barth-Uchaby, Sticks, Wittmer, Schliefler, Schaller, Rode, Wiger, Bub, Magnus Keller: sie alle sind mit Proben ihrer graphischen Begabung vertreten. Und auch von der Reihe Kollwitz sieht man eine ihrer starken, aufs Soziale gerichteten Arbeiten. Es ist ein Genuß, diese Abteilung zu durchwandern.

Curt Amend.

der eine Massenandrang der gesamten Arbeiterschaft der Fabrikwerke forderte. Gestern fand nun die Abstimmung aller Arbeiter und Angestellten statt, an der sich 6000 Personen beteiligten. Einstimmig wurde beschlossen, daß, solange die Besetzung andauere, an eine Wiederaufnahme der Arbeit nicht gedacht werden könne.

Wiederaufnahme des Fedenbach-Prozesses?

Der Prozeß des Münchener Volksgerichts gegen den Sozialisten Fedenbach, der zur Verhängung einer einjährigen Zuchthausstrafe wegen Landesverrats für den Angeklagten führte, erhält jetzt eine neue Beurteilungsmöglichkeit durch eine Veröffentlichung des Vorsitzenden des republikanischen Richterbundes, Kammergerichtsrat Freymuth. Gegen das ungeheure Urteil des Münchener Ausnahmegerichts war seit seiner Verkündung von der gesamten republikanisch gesinnten Öffentlichkeit in Deutschland Sturm gelaufen worden. Die Kritik richtete sich ebenso sehr gegen die Höhe der Strafe wie gegen die Tatsache, der Beurteilung selbst, da das Anklagematerial fast einstimmig außerhalb des Gerichtsbezirks nicht für ausreichend erachtet wurde.

Freymuth veröffentlicht nun zum ersten Male das Dokument, in dessen Weiterleitung an die ausländische Presse das Hauptverbrechen Fedenbachs gesehen wurde und wegen dessen die Verurteilung erfolgte. Es handelt sich um ein Telegramm, das der damalige bayerische Vertreter beim Papst, Baron Ritter, vor dem Kriege an die Münchener Regierung gerichtet hatte. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß dieses Mal Österreichs Standhalten wird.“

Er fragt sich, wann Österreich denn Krieg führen wollte, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeiführt hat und die den Fortbestand Österreichs gefährdet.“

In seinen Erklärungen enthüllt sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panislausmus. Der Vorwärts, der sich mit der Angelegenheit beschäftigt, fordert zu einer allgemeinen Aktion und einer Initiative des Reichstags zur Rückgängigmachung des Urteils und zur Ausschaltung des bayerischen Ausnahmegerichts auf.

Badische Übersicht.

Besetzung der Oppauer Werke?

Wie der Temps aus Wiesbaden meldet, sollen die französischen Truppen in Ludwigsbafen den Betrieb von Oppau besetzen. Die französischen Ingenieure würden dann zur Besetzung der großen Lager an chemischen Erzeugnissen schreiten.

Beisetzung

des Polizeiwachtmeisters Traub.

Nachdem am Dienstag in Mannheim eine drilliche Trauerfeier für den von den Franzosen erschossenen Polizeiwachtmeister Traub stattgefunden hatte, erfolgte am Mittwoch nachmittags die Beisetzung auf dem Friedhof seiner Heimat Ettlingen. Zu der Trauerkundgebung hatten sich zahlreiche Abordnungen der Polizeibeamten, der Einzelpolizei und der Polizeibereitschaften, sowie der Gendarmen und Vereine eingeladen, die sich in geschlossenem Zug zum Friedhof begaben. Dort war vor der Kapelle der Tote aufgebahrt, flankiert von einer Ehrenwache aus Polizeibeamten. Den Platz und die Wege um die Kapelle nahm eine große Trauerversammlung ein, die von auswärts und aus Ettlingen selbst gekommen war, am dem in treuer Pflichterfüllung vom Tode ereilten Beamten die letzte Ehre zu erweisen. Für die Landesregierung war Finanzminister Wöhler erschienen, der von einer Reihe von Beamten der Ministerien, der Polizeiverwaltung und den Polizeibereitschaften von Mannheim und Karlsruhe begleitet war. Als Vertreter der Stadt Mannheim nahm Verwaltungsrat Dr. Zeiler an der Beisetzung teil. Die Feier wurde eingeleitet mit einem Choralstück der Vereinigung Karlsruher Polizeimänner, worauf Stadtpfarrer J. Kast die Gebete sprach und dem Toten einen kurzen Nachruf widmete. Nach einem Trauergefang der Gefangenenabteilung der Polizeibeamten gab

Finanzminister Köhler

in folgender Ansprache der Trauer des Landes und der Teilnahme der Regierung ergreifenden Ausdruck:

„Wie über den Sternen das Gesetz, so walte über den Menschen die Pflicht.“

Die lebensfrohen Voten des sprichwörtlichen Renzes umhüllten den schwarzen Schrein. In ihm ruht einer von uns. Des Hauses greller Blitzstrahl hat ihn erschlagen auf der Höhe seines Lebens, hat seinem Wirken ein vorzeitiges Ende gemacht. Nicht im toben den Sturm der Schlacht, den er so oft trotzig ertrag, ist er gefallen — nein „im Frieden“, im eigenen Lande, in der Heimat traf ihn der feindliche Stahl, Grauen und Entsetzen verbreitend im ganzen deutschen Vaterlande. Doch einen heiligen Tod hat ihm das Schicksal geschenkt; er ist gestorben um der großen Erfüllung willen; er ist gefallen für sein Vaterland, für seine deutsche Heimat. Der badische Staat betrachtet den Hingang eines treuen Beamten, das badische und das gesamte deutsche Volk den Verlust eines mutigen und opferbereiten Mannes. Regierung und Volk stehen heute an seiner Bahre, um ihm heiß und von Herzen zu danken für die Arbeit des Lebens, die er geleistet und für das Opfer, das er durch seinen Tod für Deutschland, für uns alle gebracht hat. Dieser Dank und diese Teilnahme der ganzen Volksgemeinschaft fließe als Balsam des Trostes in die kaffende Wunde, die Euch, Ihr Leidtragenden, das furchtbare Unheil geschlagen; sie möge stärken das arglose Kind, das den Vater beweint, sie möge trösten Euch Anverwandte, die Ihr einen lieben Freund verloren.

Deutschland leidet; aber unser deutsches Volk wird innerlich groß und stark werden in diesem Feuerofen unermesslicher Qualen, die über uns alle gekommen. Das sei die Frucht welcher Grausamkeit in deutschen Landen! Nicht mit stürmendem Waffenlärm wollen wir die Welt erschüttern, sondern in der gigantischen Größe unseres Leidens den Zusammenschluß finden und ein lebendiges Denkmal bauen künftigen Geschlechtern, dauernder wie Erz, ein Denkmal heiliger deutscher Einigkeit und Pflichterfüllung in schwerster Zeit!

Schweigen preffe heute unsere Lippen zusammen, so sehr die Niedergelassenheit und empörte Menschheitswürde sich dagegen aufbäumen möge; am Grabe schweige die Stimme des Hasses. Aber in den tiefsten Schwächen unserer Herzen soll der Schwur lebendig werden, der uns in dieser herben Stunde vereint. Nicht ein Schwur blinder Vernichtung, sondern das Gebot, das Glaubensbekenntnis zu unserem armen Deutschland, der Schwur der Treue zu unserem heimischen Lande. Mortui vivos docent. Die Toten lehren die Lebendigen. Der, der erschlagen vor uns liegt, hat uns Lebenden das größte Beispiel gegeben. Und wie viele sind ihm in den letzten Wochen und Monaten vorangegangen; hören wir ihre mahnenden Stimmen.

Sie lehren uns das harte, Evangelium der Pflicht im Dienste des Ganzen, sie mahnen uns in ewiger, kummer Sprache zur Einigkeit und Gelassenheit, sie verurteilen uns aber auch in gottschalkender Stille die große Boshaftigkeit und Pflichterfüllung, Einigkeit und Gelassenheit sind die Fundamente für unser Hoffen. Hoffet vor allem, daß der uns hilft, zu dem die Betrübten und Bedrängten in der Folterkammer am Rhein und an der Ruhr stündlich aufschreien: Herr mach uns frei! Hoffet, daß einst wieder der Tag komme der Wiedergeburt des Gewissens in der ganzen Welt, daß einstmals wieder die Welt erkenne, daß jeder, der Menschenantlitz trägt auch das Recht hat, wie ein Mensch behandelt zu werden und daß sie nicht mehr zulasse, daß ein großes Volk der Sklaverei ver falle.

Dich aber, deutscher Mann, der Du einem heimtückischen feindlichen Geschick zum Opfer gefallen bist, Dich lohne der, der über den Sternen waltet. Du hast dem harten Gesetz der Pflicht genügt, Du hast dem Größten gegeben, weil Du frei bleiben wolltest, frei von Schmach und Bedrängung. In heimatischer Erde gebettet harret Du nun der Auferstehung. Zu Deinen Füßen tauchen die heimatischen Schwarzwaldberge. Möge der Tag nicht mehr ferne sein, wo ihr Mäuschen Dir verkündet, daß das deutsche Land wieder frei ist und der deutschen Bürger wieder ungezügelter friedliebender Tätigkeit nachgehen kann. Die badische Regierung und das badische Volk bringen Dir den letzten Gruß der deutschen Heimat, dabei mitgedenkend all der vielen, die in den letzten Monaten ihr Leben gaben für ihre Treue zum Vaterland. Dir gebe Gott die ewige Ruhe, uns Lebenden aber einst wieder die Freiheit. Herr mach uns frei!“

Nachdem der Minister namens des Staatsministeriums einen Kranz niedergelegt hatte, folgten mit kurzen Reden und Kranzniederlegungen Vertreter der Polizeiverwaltung, der zahlreichen erschienenen Abordnungen der Kameraden des Toten aus der Polizei- und Gendarmenbereitschaft, sowie der Stadtgemeinde und des Militärvereins Ettlingen. Ein Chorvorsatz von Ettlinger Gesangsvereinen beschloß den Trauerakt, worauf der Sarg unter großem Trauergeleite und unter Vorantritt des Musikvereins Ettlingen zu Grabe getragen wurde.

Das Urteil im Fall Rüdiger — Dr. Winter.

Letzte Woche stand in Freiburg vor dem Schwurgericht der mit großer Spannung erwartete Aufschlagsprozeß Rüdiger — Dr. Winter zur Verhandlung. Es betrifft dies die bekannte Reseraffäre auf der Ortstraße in Steinen im Wiesental, bei welcher der dort ansässige und von dort gebürtige etwa 38-jährige Dr. phil. Karl Winter einen Stroh in den Unterleib steckte, an dessen Folgen er am übernächsten Tag im Krankenhaus in Schopfheim erlag. Die Tat erregte schon um bestimmten Aufsehen, weil dabei parteipolitische Gegensätze herein spielten. Als Anklagevertreter fungierte Staatsanwalt Dr. Mayer-Wörz, die Verteidigung war Rechtsanwalt Grumbach-Freiburg übertragen. Zeugen waren gegen 30 geladen. Die auf Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode lautende Anklage wurde durch die Verlesung des Öffnungsbeschlusses erläutert, wonach der Angeklagte, der am 14. August 1882 in Neu-Mühlwil (Schweiz) geborene Fabrikarbeiter Albert Rüdiger in der Nacht vom 25. auf 26. Februar Dr. Winter einen Stroh in den Unterleib mit einem Stelmesser beibrachte. Rüdiger war nach Kriegsende in die Schweiz emigriert in Steinen. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht Albert Rüdiger unter Jubilation strafmildernden Umständen zu 8 Monaten Gefängnis, wovon 2 Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet wurden. Der Haftbefehl gegen Rüdiger wurde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Vom Allgemeinen deutschen Lehrerinnen-Verein.

Am 20. Mai wurde in Karlsruhe die 17. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Lehrerinnen-Vereins eröffnet. Trotz der Unruhe der politischen Verhältnisse und der Schwierigkeit der wirtschaftlichen Zustände haben sich Lehrerinnen aller Kategorien aus allen Teilen Deutschlands in der jetzt so gefährdeten Südwestecke des Reiches zusammengefunden, um in gemeinsamer Beratung zu den augenblicklich drängenden Fragen der weiblichen Erziehung und des Schulwesens Stellung zu nehmen. Die Versammlung wurde von der ersten Vorsitzenden, Emmy Beckmann (Hamburg) mit einem Gruß an die Kolleginnen im besetzten Gebiet eröffnet. Die Versammlung nahm folgende Entschlüsse an:

„Die in Karlsruhe zur 17. Generalversammlung des A. D. L. V. versammelten Lehrerinnen sagen den Kolleginnen im besetzten Gebiet herzliche Grüße. Sie vermessen sie schmerzhaft und fühlen mit ihnen die Not, die sie als Deutsche — stellvertretend für uns alle — in den letzten Monaten erlitten haben und noch leiden müssen. Wir sehen voll Stolz und Bewunderung auf ihre Geduld und ihr Aushalten und fühlen uns ihnen inniger denn je verbunden. Wir grüßen sie in der zueignendsten Hoffnung, bald wieder mit ihnen frei und ungehindert — zur gemeinsamen Arbeit verbunden zu sein.“

Die Begründerin des A. D. L. V., Helene Renne, nimmt mit unermüdelter Frische als Ehrenvorsitzender an den Verhandlungen teil.

Am Montag fand die erste öffentliche Versammlung statt. Das badische Kultusministerium begrüßte durch Geheimrat Armbruster die Lehrerinnen aus allen Teilen Deutschlands herzlich im badischen Lande. Die Stadt Karlsruhe, der badische Lehrerverein und der Verein für das höhere Mädchenschulwesen, hatten ebenfalls ihre Vertreter zur Begrüßung entsandt. Im Mittelpunkt der Erörterung stand die staatsbürgerliche Erziehung. Margarete Treuge (Hamburg) behandelte die Staatsbürgerkunde in der Schule, Mathilde Mayer (Berlin) die Staatsbürgerkunde in den Berufsschulen. Beide Referentinnen betonten, daß staatsbürgerliche Erziehung nicht nur Belehrung, sondern auch Gesinnungsbildung ist. Als selbstständiges Lehrfach soll sie erst nach dem volksschulpflichtigen Alter beginnen. Eine Ausbildung der Lehrer durch die staatswissenschaftliche Abteilung der juristischen Fakultät, die Nationalökonomie und Historik ist notwendig.

Eine lebhafte Diskussion beleuchtete die einschlägigen Fragen vom Standpunkt der verschiedenen Schulgattungen, Methoden und politischen Stellungen dem Staate gegenüber.

In der 2. öffentlichen Versammlung am Dienstag, den 22. Mai, begrüßte der badische Kultusminister Dr. Hellpach die versammelten Lehrerinnen und betonte, daß die beiden großen Themen, die im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, staatsbürgerliche und sexualpädagogische Erziehung, zwei Pole der weiblichen Wesenheit berühren. Über die furchtbare Not der weiblichen Jugend sprachen Dr. med. Erna Glasner (Heidelberg) vom medizinischen Standpunkt, K. Groschwendt, die Vorsitzende des Karlsruher Jugendamtes, vom Standpunkt der Jugendpädagogin, und Hauptlehrerin Paula Lory (Nürnberg) vom Standpunkt der Lehrerin aus.

Somit die Referate, wie die sich anschließende lebhafteste Aussprache zeigten, daß man sich einerseits der Notwendigkeit andererseits der ungeheuren Schwierigkeiten einer sexualpädagogischen Erziehung auf die heutige Jugend in allen Kreisen der Lehrerinnenwelt bewußt ist. Immer wieder wurde be-

tonat wie unbedingte Voraussetzung einer wirksamen Einwirkung auf die heranwachsende Jugend zu sittlichem Frauentum der starke Einfluß willensstarker Frauen sei, die der Jugend nicht nur durch Aufklärung, sondern durch Beispiel den rechten Weg zeigen.

Abends sprach im dichtbesetzten Saal Helene Renne über „Wandlungen in der Auffassung der Frau von ihrer Kulturaufgabe“. Zur Zeit der französischen Revolution erhebt die Frau bewußt die Forderung ihres Anteils an den neu erkämpften Menschenrechten. Während aber die französischen und amerikanischen Frauen vor allem neue Rechte für sich erstreben, betonen die deutschen Frauen unter der Führung von Luise Otto neben der Notwendigkeit erweiterter Rechte zugleich das damit untrennbare Gemeinwesen in einem neuen Pflichtentwurf: sie sind sich ihrer sozialen Verantwortung klar bewußt, und ihre erste Aufgabe war, die Frauen zur Berufstüchtigkeit zu erziehen. Dabei erwuchs ihnen mehr und mehr das Bewußtsein einer Sonderbegabung der Frau und die Überzeugung, daß sie ihre weibliche Art notwendig in die Kulturschöpfungen der Gemeinschaft ausprägen und befruchten mußten, sich von einer Imitation des Mannes frei zu halten. Aus diesem Grunde ist die Mädchenbildung die Schlüsselstellung der ganzen Frauenbewegung, denn alles kommt darauf an, die Mädchen zur selbständigen Entfaltung ihrer Sonderkräfte zu führen. Die bisherige, sehr hoch zu wertende Kulturleistung der Frau ist das Haus. Ihre Aufgabe wird es sein, in das Gemeinschaftsleben noch einmal alle die Kräfte hineinzufragen, aus denen sie das Haus schuf, und auch außerhalb der Familie das mütterliche Prinzip zur Auswirkung zu bringen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

x. Konstanz, 23. Mai. Die Kreisstraßen- und Kreiswegwärter werden in ihren Einkommensverhältnissen mit Wirkung vom 1. d. Mts. an den Landstraßenwärtinnen gleichgestellt. Die Bezüge der im Ruhestand befindlichen Wärter erfahren eine durch die Geldeinstellung bedingte Erhöhung. Johann Engelmann-Jungau wird zum Kreisstraßenwärter und Karl Niedmann-Überlingen a. S. zum Kreiswegwärter ernannt. Einige zurzeit unbesetzte Wärterstellen im Straßenbauamtsbezirk Überlingen werden zur Bewerbung ausgeschrieben. — An Zuschüssen erforderten die nachgenannten landw. Kreiswinterschulen im Rechnungsjahr 1922/23 die beigefügten Beträge: Weiskirch 1 063 000 M., Radolfzell 1 210 000 M., Salem 1 075 000 M. Die Kreisbahnschule Radolfzell benötigt einen Kreiszuschuß von 5 610 000 M. Die Teilnehmergebühren an den Sonderkursen an der Kreisbahnschule in Radolfzell werden folgendermaßen festgesetzt: für die Kohlkurse (22. 5.—7., 7. und 30., 7.—7. 0.) 3000 Mark, für die Obstverwertungskurse (9.—14. und 16.—21. 7.) 600 M. — Zu den von der Kreisversammlung bestimmten Gekuppelungen tritt der von der Bezirksversammlung gewählte Mühlenbesitzer Anton Stähle-Mühlbach. — Der Landverwalter Konstantz wird zur Unterstützung von Meisterprüfungsabteilungen, Fachlehrerstellen und Befehligen ein Beitrag von 800 000 M. zugesagt. — Zum Ersatzmann für das von den badischen Kreisen zu stellende Mitglied beim Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat wird Bürgermeister Dr. Emerich-Überlingen a. S. ernannt. — In dem den Städten des Kreises durch die Wanderversicherung erwachsenen Aufwand wird ein Drittel mit 262 683 M. auf die Kreisliste übernommen. — Die Verteilung der Redigierten unter den Mitgliedern des Kreisverbandes wird durch Abstimmung erledigt.

Aus der Landeshauptstadt.

* Beseitigung der Baracken an der Ettlinger Straße. Der Verkehrsverein hat bei der Stadterhaltung vor einiger Zeit den Antrag gestellt, daß die Baracken auf dem Platz bei der städtischen Ausstellungshalle möglichst bald beseitigt werden, da das Stadtebild durch diese Baracken in hohem Maße verunstaltet wird und der Platz wieder gärtnerisch angelegt, auch zu Ausstellungszwecken gelegentlich der Herbstwoche in Anspruch genommen werden sollte. Nach Mitteilung der Stadterhaltung an den Verkehrsverein werden für den größten Teil der in den Baracken wohnenden Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen Wohnungen in der Telegraphenstraße eingerichtet. Ein Teil der Baracken solle möglichst bald abgebrochen werden, etwa die Hälfte der Baracken werde aber leider noch auf unbestimmte Zeit für Wohnzwecke dringend benötigt werden.

* Tanzabend Tisha Nelson. Freitag, den 25. Mai wird sich im Eintrachtsaal eine hier noch unbekanntere Tanzkünstlerin vorstellen. Die vorliegenden Kritiken aus Stuttgart sprechen von einer schlanken erotischen Erscheinung, einer Längerin aus Gefühl und Instinkt, aus Freude an bacchantischer Bewegung. Tisha Nelson hat für ihr Programm vorwiegend nordische Kompositionen gewählt, die ihrer Abstammung am besten entsprechen. Besonders Interesse wird ein Grainger'scher Tanz finden, der, wie das Programm sich ausdrückt, „im Freien getanzt werden soll, wenn man guter Dinge ist, und die Sonne scheint“. Die Künstlerin bringt ihre eigene Musikbegleitung mit: Herrn Volkmar Flecken, der auch mehrere Violinsoloflüge zum Vortrag bringen wird, und Herrn Hans Müller am Klavier.

* Hofe-Quartett. Das Programm des 8. Kammermusikabends der Konzertdirektion Kurt Neufeldt enthält nur zwei Werke, aber Werke von höchster Bedeutung: Beethoven's grandioses cis-moll-Quartett, dem unbedingt die Krone unter den 16 Streichquartetten des Meisters gebührt, und das ebenso wertvolle wie populäre Schubert-Quartett in d-moll, wegen des Variationensatzes über das Lied „Der Tod und das Mädchen“ allgemein unter diesem Titel bekannt. Welch große allgemeine Verehrung dem berühmten Hofe-Quartett aus Wien von allen Musikkreisen unserer Stadt entgegengebracht wird, zeigt sich an dem überaus großen Andrang zu diesem hochbedeutendem Konzert, das diesen Samstag, den 26. Mai, abends halb 8 Uhr im Eintrachtsaal stattfinden wird. Nur noch wenige Plätze sind verfügbar. Es wird daher auch an dieser Stelle an alle Abonnenten, denen die, leider nötig gewordene Nachzahlung unerschwinglich ist, die Bitte gerichtet, alle Platzkarten, die nicht verwendet werden können, gegen Rückerstattung des bezahlten Betrages zurückzugeben, um einen anderweitigen Verkauf zu ermöglichen.

* Sondersymphoniekonzert. kommenden Montag, den 28. Mai, wird unser Landestheaterorchester in der Festhalle in dieser Konzertszeit zum letzten Male spielen und zwar unter der Leitung des noch jugendlichen Dirigenten Emil Kahn aus Frankfurt a. M. Besonders Interesse dürfte der Mitwirkung von Frau Therese Müller-Reichel vom Landestheater in Wiesbaden, die so viele Jahre als allbeliebte Opernsoubrette bei uns wirkte, entgegengebracht werden. Die Künstlerin wird im Hauptwerk des Abends: der 4. Symphonie von Mahler das Sopran solo singen und außerdem die beiden Bagnerarien aus Mozarts Figaro, sowie die beiden so überaus beliebten Piquier-Lieder „Sonst“ und „Verbal“, die vom Komponisten selbst instrumentiert worden sind. Zwecklos wird das Wiederauftreten Therese Müller-Reichels nach so vielen Jahren größtes Interesse bei unseren Musikfreunden finden und den Festhallsaal füllen.

Staatsanzeiger.

An Spenden für das Deutsche Volkspfer für Baden sind weiter eingegangen:

Arbeiterverband Pforzheim u. Umgebung 50 000 000 M., Oberländer Zeitung, Singener Nachrichten, Teilergebnis der Sammlung 400 000 M., Presseverein Freiburg, G. m. b. H., Freiburg 82 850 M., Dresdener Bank — Filiale Freiburg — 1 560 794 M., Gebrüder Vode, Pforzheim 5 200 000 M., Spar- und Gemeindefonds 68 450 M., Verlag „Schwarzwälder“, Billingen 256 310 M., Druck- und Verlags-G. m. b. H., Donaueschingen 400 000 M., Spende von Ungenannt 20 000 M., Badische Presse hier 440 827 M., Gemeinde Fischeningen 65 000 M., Märzrate von den Angestellten des Finanzamts Baden 11 400 M., Gemeindefonds Mannheim, Post Klingen (Schw.) 100 000 M., Eberbacher Zeitung 90 000 M., Gemeinde Lammingen 918 680 M., Beamten des Kreisamts Druschal 10 000 M., Firma E. Kuhn, Wertheim a. M. 281 230 M., Freiburger Gemeindefonds, G. m. b. H., Freiburg 230 000 M., Gemeinde Staffort 4000 M., Ungenannt 250 M., Stadtasse St. Georgen i. Schw. 10 227 M., Ungenannt 500 M., Bezirksamt Karlsruhe 70 000 M., Stadtasse Billingen 1 000 000 M., Stadt. Sparkasse Eitenheim 1 250 000 M., Stadtgemeinde Walldorf 500 000 M., Bezirksparlasse Waldshut 450 839 M., Bürgermeisteramt Unterbaldingen 166 965 M., Süddeutsche Diskontogesellschaft A. G., Mannheim 12 280 000 M., Landwirtschaftskammer 12 404 111 M., Stadtasse Gernsbach 1 044 210 M., Wilhelm von Müller, Gernsbach, Sammelkonto Muthäuser 3 100 174 M., Gemeinde Boll, A. Muthäuser 95 000 M., Bezirksamt Säckingen 4800 M., Mannheimer Generalanzeiger, Mannheim 10 000 000 M., Gemeinde Bergausen 19 500 M., Birk. Geh. Rat Dr. Rieker, Bad. Gefandter in Berlin 20 000 M., Firma Seebate, Überlingen 800 000 M., Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung — 8. Rate — 25 000 000 M., Sparkasse Eichenbach 11 420 M., Hofbuchdruckerei R. Kollator, Rastatt, Baden 100 000 M., Gemeinde Friedrichsdorf (Oberrhein) 42 000 M., Bürgermeisteramt Balg bei Dos 700 M., Dresdener Bank Freiburg 523 300 M., Angestellte der A. G. Mt. Voger, Mannheim 36 500 M., A. G. Mt. Voger Mannheim 35 000 M., Kriegerverein Nidenbach (Amt Säckingen) 8660 M., Bürgermeisteramt Hilsbach (Amt Offenburg) 70 000 M., Familie Emil Birgens, Colmar i. E. 2000 M., Gemeindefonds Ebingen a. Neckar 166 100 M., Billinger Volksbank 60 535 M., Gemeindefonds Gellingen 50 000 M., Gemeinde Untergrumbach 55 500 M., S. H. 10 000 M., Dr. Rudolf Pfefferkorn, Oberforstater hier 10 000 M., Fußballklub Mundenlingen 25 000 M., Bürgervereinsamt Oberweier b. Bühl 41 000 M., Freijverein Freiburg, G. m. b. H., Freiburg 85 500 M., Angestellte der Badischen Bank hier 116 000 M., Gemeindefonds Gellingen 500 000 M., Gefangenenverein Eintacht, Mülten bei Spaen 111 000 M., A. Müller, Verlag der Wiesentaler Nachrichten, Schönau i. B. — 2. Rate — 131 500 M., Joh. R. Rottmans, Mannheim 500 M., Käufertater Anzeiger, Mannheim-Käufertal 50 200 M., Gefangenenverein Frohstinn Hohenstengen (Ertrag eines Konzerts) 50 000 M., Stadtasse Herbolzheim 50 000 M., Güteramt Karlsruhe-Safen 8050 M., Ba-

bische Presse 13 500 M., Gartenbauverein Hochstetten 25 000 M., Badische Presse 23 554 M., Hermine Richard 1000 M., Gemeindefonds Reidingen (Post Hausen im Tal) 10 000 M., Gemeinde Sentenhart 66 735 M., Gemeinde Gondeisheim (Amt Bretten) 300 000 M., Ungenannt 2000 M., Gemeindefonds Wemmer 340 700 M., Singener Verlagsgesellschaft m. b. H. 56 810 M., Stodacher Zeitung 125 670 M., Oberfinanzkasse beim Landesfinanzamt Karlsruhe 119 000 M., Gemeindefonds Hisingen (Post Steinen, A. Lörach) 265 600 M., Firma Jakob Wühle hier 2000 M., Gemeinde Muggen (Amt Mühlheim) 150 593 M., Karl Schmitt, Mannheim 8000 M., Vereinsbank Singheim 110 150 M., Gemeinde Fetschen 611 370 M., Stationsamt Erzingen, Stationsamt Neuhäusen, Stationsamt Kleinaufenburg, Bahnhofsamt Wahlen, Güteramt Waldshut I, Bahnhofsamt Waldshut, Telegraphenmeister Waldshut, Hochgewerkschaft II Waldshut, zusammen 136 100 M., Oberländer Tagespost, Zell i. B. 80 000 M., Spende von Privatpersonen 1160 M., Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung 25 000 000 M., Muthäuser Heidelberg 2 000 000 M., Presseverein Freiburg 61 600 M., Kreisgau Nachrichten 130 000 M., Gemeinde Kirchardt 1 946 860 M., Volksbank Engen 827 100 M., Stadtgemeinde Zell i. B. 631 685 M., Donaueschinger Tagblatt 300 000 M., Bezirksparlasse Staufen (Weisgau) 1 800 000 M., Bürgermeisteramt Bühl 635 000 M., Badenia, A. G. hier 87 000 M., Volksfreund hier 10 600 M., Getreidelagerhaus Eppingen 3 261 680 M., Vereinsbank Weisach E. G. 900 636 M., Singener Verlagsgesellschaft Singen 56 385 M., Bezirksamt Säckingen 10 300 M., Badische Nachrichten, Achern 201 000 M., Singener Verlagsgesellschaft Singen 91 374 M., Staatsanwaltschaft Mannheim 10 000 M., Badisches Bezirksamt Mannheim 2000 M., Dresdener Bank — Filiale Freiburg — 2 364 416 M., Spar- und Darlehensverein Rheinheim — aus einem Richtbüchlein — 22 000 M., Badische Landwirtschaftskammer 1 235 467 M., Stadtgemeinde Eppingen 100 000 M., Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bezirks Staufen 103 600 M., Gemeindefonds Guggenau (Murgtal) 45 000 M., Jaf. Köppler, Oberglasshütte 5000 M., Rheinische Kreditbank — Filiale Freiburg — 288 025 M., Rheinische Kreditbank — Filiale Mühlheim — 4485 M., Oberbaurat S. Ganz hier 5000 M., Schwarzwälder Zeitung 200 000 M., Badischer Beamtenbund, Ortsgruppe Stodach 59 000 M., Stadt. Sparkasse St. Georgen 189 178 M., Stadtpfarrer Sigentat Kühner, Waldkirch 550 M., Rheinische Kreditbank — Filiale Freiburg 2 000 000 M., Beamten des Hauptpostamts Waldshut 21 500 M., Beamten des D. H. B. 63 700 M., Geh. Regierungsrat Dr. Ludwig Turban hier 10 000 M., Badische Polizeischule, Rastatt hier 568 900 M., Spar- und Baugenossenschaft für den Amtsbezirk Neustadt i. Schw. 30 500 M., Bürgermeister Roppelbacher, Buch 70 000 M., Hermann Adler, Mannheim 5000 M., Gemeindefonds Unterminfenthal — Sausammlung — 231 915 M., Gemeindefonds Scherzingen (Post Wehrtich) 50 000 M., Polizeikasse hier 5600 M., Badische Girozentrale i. A. Bezirksauskunft Offenburg 5 049 640 M., Presseverein Freiburg 11 000 M., Stadtasse Singheim a. d. E. 100 000 M., Genossenschaft Oberprechtal 25 000 M., Stadt. Sparkasse hier 103 000 M., Präsident Jung,

hier — 2. Beitrag — 20 000 M., Gemeinde Burgweiler 51 250 M., Jugendchor Hisingen 100 000 M., Buchdruckerei J. Biel, Adelsheim 638 640 M., Bezirksamt Mannheim 104 350 M., Gemeindefonds Binker, Oberschmörstadt 52 130 M., Stadt. Sparkasse hier 20 500 M., Birtenverein Durlach 13 000 M., Presseverein Buchen 80 000 M., Angestellte des Badenwerks hier 83 750 M., Badische Presse hier 492 000 M., Reichsbank 1310 M., Oberst a. D. R. Hoffmann 1000 M., Gemeindefonds Weil 228 187 M., Groß. Vermögensverwaltung und Verrechnung des Groß. Viktoriapensionats Baden-Baden 1 000 000 M., Gemeinde Reichenbach bei Hornberg 106 600 M., Südd. Diskontogesellschaft A. G. — Filiale Freiburg — 149 666 M., Bad. Polizei, Polizeischule, Rastatt hier 1400 M., Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung — 10. Rate — 35 000 000 M., Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung — 2. Rate der Angestellten im Motor und Kabinett — 9 000 000 M., Paul Körner, Mannheim 15 000 M., Gemeinde Reichenbach bei Bretten 100 000 M., Landbote, Singheim a. E. 848 761 M., Hermann Adler, Mechanikermeister, Mannheim 5000 M., Spar- und Baugenossenschaft Engen 500 000 M., Carl Seeger, Waldkirch 34 000 M., Stodacher Tagblatt 1 273 505 M., Sonstige Sammlung 1 226 495 M., Ortsbeamtenkartell Knieblingen 618 500 M., Gemeindefonds Oberminfenthal 200 000 M., Schwarzwälder Zeitung 150 902 M., Leonhard Wintler, hier 25 000 M., Bezirksamt Eilingen-Band 1 058 000 M., Firma Gustav Wampf, Baumunternehmung, Freiburg 531 300 M., Stadtasse Freiburg 10 500 000 M., Badenia, A. G. hier 31 000 M., Badische Presse hier 64 000 M., Muthäuser Rastatt 76 000 M., Langhans Bücherei 5075 M., Bürgervereinsamt Singheim (Amt Baden) 76 600 M., Seebate Überlingen 500 000 M., Firma Carl Pfeffer, Heidelberg 3 000 000 M., Presseverein Freiburg 50 000 M., Seil- und Pflegenstalt Emmendingen 814 080 M., Dr. R. E. hier 15 000 M., Buchdruckerei Adelsheim 10 000 M., Stadt. Sparkasse Mannheim 30 680 M., Oberbürgermeister der Stadt Mannheim 1 522 010 M., Franz Pfeiffer 5000 M., Eitenheimer Zeitung, Eitenheim 12 100 M., Süddeutsche Diskontogesellschaft — Depositenkasse Bühl — 66 650 M., Handels- und Gewerbeamt Heidelberg 172 36 M., Graf Wilhelm Douglas Nachf. 100 000 M., Beamtenverein Emmendingen 378 870 M., Mannheimer Generalanzeiger 5 000 000 M., Birtenverein Durlach 15 000 M., Oberfinanzkasse beim Landesfinanzamt Karlsruhe 625 573 M., Ritzgärtler in Wolfach 185 000 M., Brigadhotel St. Georgen i. Schw. 23 300 M., Frhr. von Benningsen'sches Rentamt Eichersheim 100 000 M., J. Barth, Rentamtmann, Eichersheim 5000 M.

Deutsches Volkspfer für Baden.

Der Landesauskunft.

Der neue Lehrplan für die allgemeine Fortbildungsschule bemerkt als Grundlage für den Turnunterricht auf den „Lehrplan für das Turnen der männlichen Schuljugend“ von Leonhardt und Fischer, der den Übungsstoff für Fortbildungsschulen mit enthält. Dieser Lehrplan ist zu beziehen vom Verlag G. Braun in Karlsruhe (Karlstr. 14), sowie durch alle Buchhandlungen. Preis gegenwärtig 3000 M.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 24. Mai. 7-9 Uhr. Sp. I. 5000 M.
Abonn. D 21. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-200.

Dame Kobold.
Freitag, 25. Mai, 8 Uhr, Eintracht
Tanz-Abend
Tischner Neilson
unter Mitwirkung von 3482
Volkmar Flecken und Hans Müller
(Violine) (Klavier)
Karten zu 3000, 2500, 2000, 1500 und 1000 M. bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

BAUBUND-MÖBEL
in bewährter Güte
und reicher Auswahl
zu angemessenen Preisen
gegen Barzahlung
oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlfriedrichstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSSACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, roohter Flög,
Reitbahn
B.169
BADISCHER BAUBUND G.M.
B.H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

Die Kreisfasserstelle
Beim Kreisverband Billingen, mit dem Sitz in Billingen, ist sofort neu zu besetzen. Gehalt nach Besoldungsgruppe VII mit späterer Aufzählungsmöglichkeit. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung ist durch Aufnahme in die badische Fürsorgekasse gewährt. Bewerber müssen im Kreis-, Staats- oder Gemeindeverwaltung und Rechnungswesen und in der kameralschaftlichen Buchführung bewandert, auch ein sicheres, selbständiges Arbeiten gewöhnt sein. Neben der Besoldung des Kreisfasseramtes wird die Befähigung verlangt, die Geschäfte des Kreisfasseramtes in Vertretungsweise erledigen zu können. Selbstgeschriebene Gesuche mit kurzer Besoldung des Lebenslaufes, Angabe der Besoldungsanprüche mit Beifügung von Zeugnissen wollen innerhalb 14 Tagen eingereicht werden.
Billingen, den 22. Mai 1923. B.488
Kreisauskunft Billingen.
de Pellegrini.

Für Wandern und Reisen!

Die Insel Mainau
Geschichte einer Deutschordens-Commende
vom XIII. bis zum XIX. Jahrhundert
Mit Urkundenbuch. Verf. und herausgegeben von
R. G. Frhrn. Roth von Sprodenstein
Grundpreis 12 M.

Das Heidelberger Schloß
Werden, Zerfall, Zukunft
Dargestellt von Reg.-Baumstr. Adolf Zeller
Prachtband m. vielen Abbild. Grundpreis geb. 10 M.

**Kurpfälzische Kunst u. Kultur
im 18. Jahrhundert**
Von Jos. Aug. Beringer
Mit Abbildungen :: Grundpreis brosch. 2.50 M.
Grundpreis x Schlüsselzahl (a. Z. 3000) = Papiermarkpreis
Verlag G. Braun in Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 14

Die **Stadtgemeinde Offenburg** kündigt gemäß der Darlehensbedingungen auf die beigefügten Termine zur völligen Heimzahlung:
die Schuldverschreibungen des Anlebens vom Jahre 1905 auf 1. November 1923,
die Schuldverschreibungen der Anlehen von 1895 und 1898 auf 1. Dezember 1923.
Die Einlösung zum Nennwert erfolgt gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen bei der Stadtasse Offenburg und den auf den Zinsscheinen angegebenen Bankhäusern.
Die unterfallenen Zinsscheine mit Erneuerungs-scheinen sind zurückzuliefern. Für fehlende unterfallene Zinsscheine wird der Wertbetrag derselben am Kapitalbetrage abgezogen.
Die Verzinsung hört bei dem Anlehen von 1905 mit dem 1. November 1923, jenem von 1895 mit dem 1. Januar 1924 und demjenigen von 1898 ebenfalls mit dem 1. Januar 1924 auf, doch werden bei letzterem Anlehen die Schuldverschreibungen auch schon auf 1. September 1923 unter Vergütung der Zinsen bis zum 1. Oktober 1923 eingelöst.
Offenburg, den 16. Mai 1923. B.489
Der Stadtrat.
Ein Vorstand des hiesigen Stadtrats ist alsbald anzustellen. Besoldung in Gruppe VIII/IX der bad. staatl. Besoldungsordnung. Nur durchaus tüchtige, zuverlässige, gut borgebildete Bewerber wollen bis spätestens 5. Juni

Infolge der durch die politische Lage verursachten Verhältnisse haben die Versicherungsgesellschaften das Risiko von Kriegsereignissen (einschließlich des Risikos durch Verfügung von hoher Hand, Weg- oder Beschlagnahme) gekündigt. Die unterzeichneten Banken und Bankiers sehen sich infolgedessen veranlaßt, ihrerseits die Verantwortung für die Versendung von Effekten und anderen Werten, für die Einziehung von Wechsel und Schecks, die Beibringung von Protesten sowie jede Verbindlichkeit für die rechtzeitige Ausführung von Aufträgen jeder Art abzulehnen.
Karlsruhe, den 23. Mai 1923. B.490
Badische Creditbank
Rheinische Creditbank
Darmstädter & Nationalbank Straus & Co.
Veit L. Homburger Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft
Mitteldeutsche Creditbank Vereinsbank Karlsruhe

Rückzahlung des 4%igen Anlebens der Stadt Durlach von 1906.
Unter Bezugnahme auf § 5 der Bedingungen des im Jahre 1906 aufgenommenen 4%igen Anlebens werden die noch nicht gezogenen Schuldverschreibungen auf 1. November 1923 zur Heimzahlung gekündigt. Die Einlösung der Stücke erfolgt ab 1. Oktober 1923 zum Nennwert bei den als Einlösungsstelle bezeichnenden Banken (Preussischen Zentralgenossenschafts-Kasse in Berlin C 2 und Vanthaus Delbrück, Schickler & Cie., Berlin W 66) sowie bei der Stadtasse hier. Mit dem Kapitalbetrag wird der halbjährliche Zins für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November entrichtet. B.486
Der Oberbürgermeister.

Heimarbeit
- sehr lohnend - durch die
Neuheiten-Industrie Erlleben
**Verstärkter
Bekanntmachung.**
Die **Rechnerstelle** bei der hiesigen Sparkasse ist infolge Zurücksetzung des Inhabers spätestens auf 1. Oktober d. J. neu zu besetzen. B.481
Gelegentlich, im Sparkassenwesen durchaus erfahrene Bewerber wollen ihre Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugnissen bis spätestens 3. Juni d. J. einreichen.
Besoldungsgruppe VII bezw. VIII. Je nach Ausbildung und Nützlichkeit kann die Anstellung gleich in VIII erfolgen.
Gengenbach, 18. Mai 1923.
Der Verwaltungsrat.
R. a. d.

Rückholverkauf.
ca. 40 Zentner Eichengerinde I. Kl. und ca. 500 Zentner Fichtenstämme. Die Rinde wird in waldbodenem Zustand geliefert. Angebote per Zentner ab Wald wollen bis längstens Dienstag, den 29. Mai d. J., anher eingereicht werden. Als Verkaufsbedingungen sind die Richtlinien des Finanzministeriums - Fortabteilung - vom 4. Mai d. J. maßgebend. B.291

Rückholverkauf.
Das Bad. Forstamt Stodach verkauft freihändig aus hiesigen Staatswaldungen 1400 fm Fichten- und Föhlenrundholz in 11 Losen (Los 1 und 2 5 bis mit 13). Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise wollen bis Freitag, den 25. Mai d. J., anher eingereicht werden. Losverzeichnisse durch das Forstamt. B.290

Rückholverkauf.
Das Forstamt Waldkirch i. Brsg. verkauft freihändig mit Barzahlung innerhalb eines Monats aus Staatswaldungen Engelwald, Kaffelwald, Halmer, Rastatt; Lannene